

SCHUTZBUNDZEITUNG

oo

Schafft die wirkliche Einheitsfront.

Der Zweck der proletarischen Einheitsfront ist, die Arbeiter zum Kampf gegen den Klassenfeind zu mobilisieren.

Die Arbeiter folgen heute verschiedenen, sich proletarisch nennenden Parteien, sie sind gespalten. Um die Arbeiter, die diesen verschiedenen Parteien (RS, KP usw.) folgen, zusammenzuschliessen ist es notwendig, dass sie sich auf ein Minimalprogramm einigen, das von allen Parteien trotz ihrer verschiedenen Endziele angenommen werden kann. Ein solches Einheitsfrontprogramm muss die Losungen des täglichen Kampfes der Arbeiterklasse an die Spitze stellen, und es muss gipfeln in einem äussersten politischen Endziel, das allen an der Einheitsfront beteiligten Parteien noch gemeinsam ist.

Das gemeinsame politische Ziel ist heute der Kampf gegen Faschismus und Bonapartismus (unser heutiges Regime). Dieses nächste Ziel haben heute RS, KP und alle anderen proletarischen Organisationen und Gruppen gemeinsam.

In der Einheitsfront müssen alle daran beteiligten Parteien, Organisationen und Gruppen ihre vollständige organisatorische und politische Unabhängigkeit bewahren. Jede Partei muss das Recht haben, auch während der Einheitsfront die anderen Parteien zu kritisieren (in loyaler, nicht gehässiger Form). Jede Partei sichert sich ferner das Recht auf Agitation und Propaganda für ihre eigenen Parteiziele, auch während der Einheitsfront. Nichtangriffspakte und dergleichen dürfen in der Einheitsfront nicht geschlossen werden. Eine Partei, die wirklich für die Arbeiterinteressen kämpft fürchtet die Kritik nicht. Ihre eigenen Taten werden zu den Arbeitern eine deutlichere Sprache sprechen als die gehässigste Kritik. Wird eine Partei zu Unrecht kritisiert, dann wird es ihr leicht sein, die Arbeiter von der Unstichhaltigkeit dieser Kritik zu überzeugen. Macht eine Partei "Fehler", handelt sie falsch, sabotiert sie, dann ist die revolutionäre Kritik der einzige Weg sie zu zwingen, den falschen Weg zu verlassen oder die Sabotage einzustellen, andernfalls sie ihren Arbeiteranhang an die revolutionären Parteien oder Gruppen verliert. Parteien, die Nichtangriffspakte schliessen zeigen dadurch, dass sie die revolutionäre Kritik fürchten.

Die Verhandlungen über die Einheitsfront müssen offen vor den Arbeitern geführt werden. Es ist zu unterscheiden zwischen dem politischen Inhalt der Verhandlungen und den organisatorischen Vorbereitungen für Aktionen der Einheitsfront. Letztere sind selbstverständlich geheim zu halten um der Bourgeoisie keine Gelegenheit zu Massnahmen zu geben. Eine Partei, die auch den politischen Inhalt, das politische Für und Wider der Verhandlungen vor den Arbeitern geheim zu halten versucht zeigt, dass sie die Einheitsfront für andere als Arbeiterinteressen ausnützen möchte.

Eine ganz besondere Rolle spielen in der Einheitsfront die proletarischen Massenorganisationen, insbesondere der SchB. Die Partei, das ist der Kopf, das Hirn der Klasse. Die Massenorganisationen, auch der SchB, sind die Arme, die Hebel, die vom Kopf geleitet und geführt werden, geführt werden müssen. Wir haben mehrere Parteien und Organisationen, die alle von sich behaupten, sie wären dieser proletarische Kopf. Die politische Führung in den Massenorganisationen, insbesondere im SchB, durch eine von diesen Parteien darf nicht mechanisch hergestellt werden, indem eine dieser Parteien über mehr Geld, Waffen u.s.w. verfügt. Nein, alle müssen das Recht haben, unter Wahrung der Aktionsdisziplin z.B. im SchB mitzuarbeiten, Agitation und Propaganda zu betreiben und so sich das Vertrauen der Schutzbundgenossen zu erringen. Auf diese gesunde Weise wird dann jene Organisation, die die wirklich revolutionäre ist, sich der politischen Führung der Massenorganisation bemächtigen können. Das gleiche gilt von der Führung in der Einheitsfront überhaupt.

Die Einheitsfront wird heute vor allem von der RS und der KP gebildet. Es ist zumindest ein Missverstehen des wirklichen Sinnes der Einheitsfront,

die Teilnahme an ihr von dem Bekenntnis zur proletarischen Diktatur abhängig zu machen.

Die RS ist nicht für die proletarische Diktatur, sie ist nicht für die proletarische Revolution. Sie will eine "Revolution gegen den Faschismus", eine "Diktatur der Werktätigen". Aber gegen unser heutiges Regime sind auch die traurigen bürgerlichen Demokraten, sind alle jene, die von den Starhembergianern und Schuschniggeln von ihren Posten verdrängt wurden. "Werktätig" ist auch der wohlhabende Teil des Bürgertums, ist so mancher kleine Kapitalist. Eine Revolution mit diesen Leuten, (das sind nämlich die "anständigen, vernünftigen Teile des Bürgertums" des seligen Austerlitz-Pollakblattes), eine Diktatur mit diesen Leuten, was kann sie anderes sein als eine bürgerliche Demokratie mit neuer Firma, ein paar Galgen für Schuschnigg & Co zum Unterschied von 1918, und gute Posten für die Unter-schubseln des Schuschnigg um sie an diese "Diktatur" zu gewöhnen, gute Posten für die bluttriefende Polizei, an die die RS den "sozialistischen Weckruf" richtete und die sich so "gewöhnen" werden wie die k.u.k. Beamten unter Staatskanzler Karl Renner.

Die RS spaltet auch den Schutzbund, sie stellt einen eigenen RS-Schutzbund auf. Sie weicht also einem ehrlichen Kampf um die Ueberzeugung der Arbeiter in den Massenorganisationen aus. Die RS betrachtet die Einheitsfront als Weg zur "Einheitspartei". Aber die Einheitsfront ist ja gerade darum da um, weil es eben verschiedene Parteien gibt, dennoch die einheitliche Aktionen der Arbeiter zu sichern. Am Ende der richtig geführten proletarischen Einheitsfront werden sich die Arbeiter in einer Partei finden, aber nicht, wie die RS sich das vorstellt, durch Zusammenschluss aller Parteien, sondern indem sich die Arbeiter von jenen Parteien abgewandt haben, deren Unfähigkeit und verräterische Einstellung sie während der Einheitsfront kennen lernten und in das Lager der revolutionären Partei übergangen. Aber diese revolutionäre Partei wird nicht die sogenannte KP sein.

Die KP hat die Einheitsfront mit der RS in der Form eines "Nichtangriffspaktes" abgeschlossen. Sie hat in aller Form auf das Recht der revolutionären Kritik verzichtet. Sie hat aber nicht nur der Form nach verzichtet, sie übt sie auch tatsächlich nicht aus. Die KP setzt den Spaltungstreiben der RS nicht die Politik der unbedingten Einheit der proletarischen Massenorganisationen entgegen, sondern sie versucht, den SchB immer mehr in eine Parteigarde der KP zu verwandeln. In Worten bestreitet sie dies zwar entrüstet. Aber nach dem von der KP fabrizierten neuen Organisationsstatut des SchB kann nur der Mitglied sein, der sich zur proletarischen Diktatur bekennt. Damit wird den RS-Arbeitern der Weg zum SchB verschlossen, denn derjenige, der politisch den RS folgt ist nicht für die proletarische Diktatur, auch wenn er glaubt, dafür zu sein. Nein, die KP ist nicht die revolutionäre Partei, die imstande ist, die Einheitsfront zu führen, die Proletarier für die Revolution zu sammeln. Ist doch die KP Sektion jener "Internationale", an deren Spitze Stalin mit seiner Bürokratie steht, jener verräterischen Bürokratie, die jetzt in Frankreich, in der CSR zur Politik der "Landesverteidigung" übergegangen ist. Sie ist Brudersektion der KPC, die Benes und die sozialdemokratischen Verräter in der tschechischen Regierung unterstützen, die "parlamentarisch" mit ihnen zusammenarbeiten wollen, die erklärten, die tschechische Armee im Kriegsfall zu unterstützen. Die KPOe ist Brudersektion der KPF, die innerhalb 24 Stunden zusammen mit Stalin die Notwendigkeit der "Politik der nationalen Verteidigung Frankreichs zur Aufrechterhaltung der bewaffneten Macht" verstand in billigte. Sie ist Sektion einer "Internationale", die die proletarische Weltrevolution verraten hat um zuhause in Russland "den Sozialismus aufzubauen". Die heutige III. Internationale, die heutige KP ist sozialdemokratisch geworden, ist auch bei uns nur eine Konkurrenz der RS, aber kein wirklicher politischer Gegner der SP.

Die proletarische Einheitsfront ist unbedingt notwendig, ebenso die Einheit der proletarischen Massenorganisationen und besonders des SchB. Aber unsere "Einheitsfront" wird nur eine Einheitsfront des Handelns werden, die Einheit der proletarischen Massenorganisationen wird nur gewahrt werden in dem Masse, als eine wirklich revolutionäre Partei entsteht, eine Partei, die

die den ehrenden Namen "kommunistisch" nicht nur trägt sondern auch wirklich eine kommunistische Partei ist. An der Schaffung dieser Partei, an der Heranbildung ihres Kadern gilt es zu arbeiten.

Politische Umschau.

Die Neutralitätserklärung der USA anlässlich des japanischen Vorgehens in China zeigt deutlich die Absicht der amerikanischen Bourgeoisie, zuzuwarten, bis Japan und China sich gegenseitig geschwächt haben um dann erst selbst einzugreifen.

Das englisch-deutsche Flottenabkommen zeigt deutlicher als bisher die Front England-Deutschland-(Polen-Japan). Deutschland erhielt dabei 85 % der Stärke der französischen Gesamtflotte zugebilligt. Die Antwort Frankreichs wird jetzt erkennen lassen, ob es im geheimen Einvernehmen mit den USA steht. Wenn dem so ist, werden erhöhte französische Seerüstungen erfolgen. Lenkt Frankreich jedoch ein, so deutet dies auf eine Isolierung Frankreichs hin, die ja England herbeiführen will, um morgen die Sowjetunion zu isolieren - von Frankreich.

England schickt nun Deutschland vor, das darauf hinsteuert, zu erreichen, dass sich zwischen England und Frankreich Differenzen ergeben, die England der Verpflichtung entheben, Frankreich zu unterstützen, falls es in Erfüllung des bekannten Paktes Sowjetrußland zu Hilfe eilen müsste. Das spricht deutlich genug: Denn der Sowjetunion gegen Deutschland zu helfen, ohne dass es England an seiner Seite hat wird sich Frankreich sehr überlegen, Entscheidend für die weiteren Schritte des englischen Raubers wird das weitere Verhalten der USA sein, das jedoch derzeit noch sehr undurchsichtig ist. Momentan bemüht sich London um die Herstellung "guter Beziehungen" zu Washington.

Die Lage in der SU spitzt sich zu. Führende Parteileute - und das sind heute Elemente der Bürokratie selbst, - sind verhaftet worden. Das ist ein Beweis dafür, dass die Differenzen tiefgehend sind und bis zu den Spitzen der Bürokratie hinaufreichen. Das kann dazu führen, dass die Frage der weiteren Existenz desproletarischen Staates aufgeworfen wird. Die Stalinbürokratie hat viel getan was der Konterrevolution den Weg ebnet. Durch eine Serie von Niederlagen auf entscheidenden Kampffeldern, die die Weltarbeiterklasse erlitt ist die Weltbourgeoisie sehr gestärkt worden. Die Frage der Schaffung der wirklich proletarischen Klassenpartei ist die Lebensfrage der Weltarbeiterklasse, die russische Arbeiterklasse mit eingeschlossen.

Die Vorgänge in Jugoslawien zeigen die tiefen Gegensätze, die diesen Staat zu zerreißen drohen. Die starke Opposition, welche die Skuptschina boykottierte, hat Joffe zum Rücktritt gezwungen. Ein Uebergangskabinett soll ein neues Wahlrecht bringen. Den Hauptgrund der Nachgiebigkeit berührte Zirkovic, als er von der Notwendigkeit des Entgegenkommens der Opposition gegenüber sprach, "um die Schlagkraft der Armee nicht zu gefährden". Oesterreich. Die Rede Starhembergs zeigt, dass 1. der Bonapartismus fest entschlossen ist, eine engere Zusammenarbeit mit der Kleinen Entente - vor allem der CSR - einzuleiten, 2. dass er die Habsburgerfrage auf längere Zeit in den Hintergrund stellt.

Die AZ berichtet weiter über andauernde Fortschritte der Nazi; da hat sie zweifellos recht. Stimmungsmässig wachsen die Nazi noch immer, sie beginnen sogar nach aussen hin eine gewisse Aktivität zu entfalten. Aber was für ein vernichtendes Urteil über sich selbst, über die Politik der SP(VS) spricht die AZ da aus: 15 Monate liegen seit dem Feber 1934 hinter uns, und trotz aller "revolutionärer" Politik der RS (als auch der Stalin-KP) wachsen die Faschisten noch immer.

Wir bringen folgende Zuschrift unserer KP - Genossen :
Rechtfertigung.

In der letzten Sch-B-Nummer wurde der KP vorgeworfen; Sie betreibe den Aufbau des Sozialismus in einem Lande auf Kosten der Weltrevolution. Beim letzten Appell wurde lebhaft darüber diskutiert und diese Behauptung gestützt durch den Hinweis auf den Wirtschaftspakt SU - USA und den Hilfspakt SU - Frankreich. Wir wollen hier feststellen, dass die USA wohl von der SU verlangte, sie möge Sorge tragen für die Einstellung der KP-Propaganda in der USA. Die Sowjetunion antwortete hierauf mit der Versicherung, dass von Seiten der SU die KP-Propaganda in der USA keine Unterstützung bekommen würde. Aber man sei nicht in der Lage der 3. Internationale und der KP in der USA zu befehlen die Propaganda einzustellen. Die USA nahm dies zur Kenntnis und schloss trotzdem den Vertrag ab. Soweit die Berichtigung des Wirtschaftspaktes SU - USA. Betreffs Hilfeleistungspakt Sowjetunion-Frankreich wurde behauptet, Frankreich habe von der SU verlangt, sie möge einwirken, dass die KP Frankreich am 1. Mai keine Demonstrationen und sonstige Provokationen begehe. Da die österreichische Presse die Nachricht brachte, dass am 1. Mai von der KPF nur Saalfeiern begangen wurden, war man der Meinung, die "Komintern" habe diese Weisung gegeben. Dies stimmt aber nicht. Trotzdem die Regierung die Demonstrationen am 1. Mai verboten hatte wurden diese von der KPF durchgeführt, wobei es in den Pariser Vororten zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei kam. Es wurden auch politische Streiks durchgeführt. Dieser Bericht stammt aus der Zeitung "Manchester Guardian." vom 3. Mai 1935. Man kann natürlich behaupten, dass dieser Bericht nicht der Wahrheit entspricht, aber man kann noch viel weniger sagen, dass die Nachrichten der "Wiener Presse" richtig sind. Zum Pakt selbst wäre noch zu sagen dass er für die SU eine aussenpolitische Notwendigkeit war. Es ist klar dass die kapitalistischen Länder höchstes Interesse an der Vernichtung der SU haben und dieses Ziel mit allen Mitteln anstreben. Eines dieser Mittel ist der Krieg. So lange aber die kapital. Länder Europas untereinander uneinig sind, ist es schwer, gegen die SU einen Krieg zu führen. England bemüht sich seit langem schon einen Anti-Sowjetblock zu bilden. Sowjetrussland muss alles daran setzen um das Zustandekommen dieses Blockes zu verhindern den Krieg möglichst weit hinaus zu schieben und seinen inneren Aufbau zu stärken. Diese Möglichkeit bot der Hilfspakt Frankreichs. Dieser Pakt soll also den Frieden verlängern und verliert mit Ausbruch des Krieges, an dem einer der beiden Staaten beteiligt ist, seinen Wert, da ja die SU und Frankreich nur dann sich gegenseitig stützen werden, wenn es die eigenen Interessen unbedingt fordern. In der "Humanite" war zu lesen, dass die KPF trotz des Hilfspakt, nicht von ihrer polit. Linie abweichen werde. Das ist auch richtig, denn wenn in einem kapital. Lande auferüstet wird, so dient es ausschliesslich dem kapitalistischen Imperialismus und es muss von Seiten der KP eine umfassende antimilitärische Propaganda einsetzen. In Russland herrschen Arbeiter und Bauern, die sich bedroht fühlen und daher Aufrüstungspolitik betreiben. Die Aussenpolitik Russlands zielt darauf hin Zeit zu gewinnen für ihre Aufrüstung. Das kämpfende Proletariat muss aber umso mehr antimilitärische Propaganda betreiben und damit die eigenen Kapitalisten schwächen. Je aussichtsloser damit die imperialistische Perspektive des französischen Kapitalismus wird (die Perspektive einen imperialistischen Krieg mit Erfolg) zu beginnen) desto weniger wird es ihm gelingen die Arbeiter und Bauern für seine Interessen in den Krieg zu treiben und die SU zu bekämpfen. Wir sehen nun dass die Aussenpolitik der SU auf keinen Fall den Vormarsch zur Weltrevolution hindert. Zu dem Vorwurf, den man der KPOe machte, die trete in die Fusstapfen der RS und spalte den Schutzbund, können wir nur mitteilen, dass in einigen Wiener Bezirken die RS den Vorschlag machte, den SchB zu liquidieren und ihn auf KP und RS aufzuteilen, was selbstverständlich von der KP abgelehnt wurde. Der vielerwähnte "Kirow" Zug in Meidling besteht aus KP-Genossen, die sich anlässlich der Ermordung Kirows so nannten. Selbstverständlich stehen sie nach wir vor unter der Disziplin des Bezirkskommandos des SchB XII. Es ist also nicht richtig, dass dies eine Gegenmassnahme der KP gegenüber den Spaltern von der RS ist. Wir stellen hier ausdrücklich fest: Solange der SchB sich zur proletarischen Revolution und prol. Diktatur bekennt, so lange wird die KP das grösste Interesse haben an einem einigen und überparteilichen Sch.B.

Erwiderung der Redaktion auf die "Rechtfertigung".

Un- gleich auf den Kern der Sache einzugehen: Die KP-Genossen behaupten in dem vorstehenden Brief, dass die Aussenpolitik der SU die Politik der Komintern und ihrer Sektionen nicht im opportunistischen Sinne beeinflusst. Sie bestreiten ferner, dass in der SU der "Aufbau des Sozialismus in einem Land" auf Kosten der Weltrevolution vor sich gehe. Die KP-Genossen kennen scheinbar das Programm ihrer eigenen Partei nicht, sonst müssten sie nämlich wissen, dass auf dem VI. Weltkongress (lang, lang ist's her, 1928) das Programm der Komintern "revidiert" wurde Als oberstes Ziel wurde proklamiert "Der Aufbau des Sozialismus in einem Lande" und diesem Ziel wird tatsächlich alles andere untergeordnet.

In Deutschland seit 1928 der Faschismus im Angriff; die Sozialdemokratie als seine Wegbereiterin; Braun, Severing, Grozesinsky sehr mutig gegen die Arbeiter, feig gegen die Faschisten; "Eiserne" Front, um vom Kampf abzuhalten; Faschistische Provokationen, Ueberfälle auf Arbeiterviertel, 8 Millionen Arbeiter folgenden der SPD. Hätte es viel bedurft um diese Arbeiter zum Kampf gegen den Faschismus zu mobilisieren? Diese Arbeiter zu einer Einheitsfront mit den kommunistischen Arbeitern zusammenzuschweißen? Diese 8 Millionen wollten kämpfen doch nur zusammen mit ihren Führern. Aber die KP hat von diesen 8 Mill. verlangt, dass sie sich von vornherein der Führung der KP unterordnen ("Rote Einheitsfront unter Führung der KPD"). Das von einem Sozialdemokraten verlangen heisst dass er aufhört, Sozialdemokrat zu sein und Kommunist wird. Und hat nicht die KPD zusammen mit den Nazi im "roten Volksentscheid" 1931 die Preussenregierung zu stürzen versucht? Das war dieselbe KPD die zwei Jahre später die Arbeiter zum Generalstreik aufrief als die Regierung Papen das durchführte was die KPD im roten Volksentscheid zu erreichen versuchte: den Sturz der Preussenregierung. Kann das ein Arbeiter verstehen? Die 14 Millionen deutscher Arbeiter haben das nicht "verstanden". Nicht ein einziger Kommunist hat gestreikt. Dieselben Leute, Manuisky, Bela Kun und wie sie alle heissen, die heute entzückt sind über ihre Freundschaft mit Leon Blum und ähnlichen Verrätern schrien sich damals heiser vor "Sozialfaschismus". Nicht nur Blum, Wels, Severing und andere wurden damals von ihnen Sozialfaschisten genannt, die besten Kommunisten wurden aus der KPD ausgeschlossen, wenn sie bezweifelten, dass die kleinen sozialdemokratischen Funktionäre, die Betriebsräte etc. Sozialfaschisten seien. Man war selbst Sozialfaschist wenn man nicht in jedem sozialdemokratischen Arbeiter einen solchen sah. Nicht nur: "schlägt die Faschisten", sondern "schlägt die Sozialfaschisten, wo ihr sie trifft" war damals die Parole. Ja sogar die kommunistische Kinderzeitschrift "Die Trommel" schrieb: "schlägt die kleinsten Sozialfaschisten (nämlich die von 2 bis 12 Jahren) aus den Kindergärten" Warum hat die KPD diese verbrecherische Politik gemacht? Russland hatte damals mit Deutschland den Vertrag von Rapallo. Alles für den Aufbau in einem Lande, alles um den Fünfjahrplan in vier Jahren durchzuführen. Alles um zu vermeiden, dass der Aufbau gestört, das Tempo gehemmt werde. Kampf gegen den Faschismus, das hatte bedeutet: Mobilisierung der Massen, Streiks, Demonstrationen, revolutionäre Unruhen usw., hätte bedeutet, "Verschlechterung der Beziehungen" zwischen der deutschen Bourgeoisie und derjenigen Macht, Russlands, die den Kampf der deutschen Arbeiter unterstützt hätte. Die deutschen Arbeiter wurden zwar niedergeschlagen, aber die Maschinen rechtzeitig geliefert, der Fünfjahrplan in vier Jahren durchgeführt.

Deutschland war nicht der alleinige Vertragspartner der U.d.S.S.R. Auch Amerika bekam seinen Vertrag. In diesem Vertrag verpflichteten sich beide Regierungen, keine "Bestrebungen zu dulden oder zu unterstützen, die gegen die gesellschaftlichen Zustände in den beiden vertragschliessenden Ländern und ihren Einflussphären (Kolonien) gerichtet sind". Die Sowjetregierung verpflichtete sich, nichts gegen die kapitalistische Ordnung zu unternehmen oder solches auch nur zu dulden. Nun glauben diese Genossen, das sei nur Diplomatie, sei nur beschriebenes Papier, in der Praxis unterstützte Russland dennoch usw. Es gehört eine ungeheure Naivität dazu, anzunehmen, dass eine Klasse wie die Bourgeoisie, welche die Erfahrungen einer 5.000jährigen Ausbeuterherrschaft in sich vereinigt, die uns vor allem an Erfahrung, an Realismus turmhoch überragt, von der wir heute noch unausgesetzt lernen müssen, dass eine solche Klasse sich von irgend jemand, und heisst er

auch Stalin durch diplomatische Tricks hineinlegen liess. Die Genossen meinen, Komintern und Sowjetregierung sei zweierlei. Die Handlungen der Sowjetregierung seien in keiner Weise geeignet, die Handlungen und die Politik der Komintern zu beeinflussen.

Es ist bekannt, dass in Cuba seit mehreren Jahren eine revolutionäre Situation ist. Einige Wochen nach dem Vertragsabschluss der SU mit Amerika revidierte die KP Cuba ihr Programm. Sie hatte darin seinerzeit die "Enteignung der Kapitalisten" gefordert. Nachher verlangte sie nur mehr die Enteignung der "cubanischen" Kapitalisten. Cuba gehört zur Einflussphäre Amerikas. Die Zuckerplantagen gehören grösstenteils amerikanischem Kapital. Wer kann da, wo der Verrat greifbar ist, noch von Diplomatie sprechen.

Die Genossen behaupten dass in Frankreich trotz Verbot kommunistische Demonstrationen und Streiks stattfanden. Aber das bestreiten wir ja gar nicht. Auch unsere Sozialdemokratie hat Demonstrationen und Streiks gemacht. Aber Demonstrationen für was, Streiks für was, - das ist das Entscheidende. Welche Lösung trug die KPF in die Massen? Gegen den Faschismus, für die Befreiung Thälmanns, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen den imperialistischen Krieg. Aber wo ist auch nur eine einzige Lösung zu sehen gegen die französische Bourgeoisie, die doch der Herr des Faschismus ist, die heute aktiv den 2. Weltkrieg vorbereitet. Schon im August 1934 schrieb die "Humanite", dass, wenn Frankreich mit Russland ein Militärbündnis schliessen würde "der beste Weg zur Verteidigung des französischen Vaterlandes die Verteidigung des französischen Vaterlandes sei". Aber das ist der Standpunkt, der Lenin 1914 zum Bruch mit der 2. Internationale veranlasst hat. "gegen den preussischen Militarismus" sagten die französischen Sozialdemokraten. "gegen den Despotismus des Zaren" sagten die deutsche SP, "gegen den Ueberfall auf die westliche Demokratie durch Preussen" schrieen die russischen Menschewiken. Die Arbeiter hatten kein Vaterland, sie hatten nichts zu verteidigen. Das Einzige, was 1914 zu verteidigen war, war ihr eigenes Leben, war ihre Klasse und deren Zukunft. Das aber konnte nur verteidigt werden im Kampf gegen das eigene "Vaterland", die eigene Bourgeoisie. Auch nur den Gedanken zuzulassen, dass es in irgendeiner Situation zulässig oder nützlich sei, das kapitalistische Vaterland zu verteidigen ist Verrat. Stalin aber lässt zu "begreift und billigt vollkommen die Notwendigkeit des Ausbaues der nationalen Wehrkraft Frankreichs" (Aus der Unterredung Laval mit Stalin bei dessen Besuch in Moskau).

"Die 3. Internationale hat die Aufgabe, die Massen zu mobilisieren zum revolutionären Aufstande, zum Sturz der kapitalistischen Regierungen, zum Bürgerkrieg gegen die Bourgeoisie aller Länder, um die politische Macht, um den Sieg des Sozialismus" schrieb Lenin im November 1914. Lenin ist aber heute unmodern, dafür "begreift" und "billigt" Stalin

Soll also Russland überhaupt keine Pakte schliessen? Russland muss die Gegensätze unter den Imperialisten ausnützen und entscheidend ist der Inhalt der Pakte und die politische Grundlinie, auf welcher sie abgeschlossen werden. Russland will den Krieg hinausschieben um rüsten zu können. Aber die Imperialisten rüsten auch. Auch die Sozialdemokratie hat den unvermeidlichen Zusammenstoss mit der Bourgeoisie hinausgeschoben und musste sich später unter den ungünstigsten Bedingungen schlagen. Die Rüstungen der Imperialisten bestehen nicht nur darin, dass sie mehr Waffen erzeugen sondern sie schaffen sich auch bessere politische Bedingungen, indem sie das Proletariat eines Landes nach dem andern niederschlagen. Diese Arbeit wird den Imperialisten dadurch erleichtert, dass die "kommunistischen" Parteien eine sozialpatriotische, sozialchauvinistische Politik machen, wie in Frankreich, CSR., für die Verteidigung der USSR. Aber ihre beste Verteidigung ist der Kampf gegen jede Bourgeoisie in jedem Lande. Gegen die Burgfriedenspolitik im Weltmasstab, gegen die Politik der "weisen" Selbstbeschränkung auf Russland, für die Weltrevolution. - Den KP-Genossen wollen wir sagen, sie sollen die Politik der 3. Internationale, das ist die der Stalinbürokratie, kritisch prüfen, ehe sie der Gang der Ereignisse vor Tatsachen stellt wie es die Februarereignisse für die sozialdemokratischen Arbeiter waren.